Projekt Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten

TATblatt

minus 96 nummer

10. Feber 1989
Preis: öS 8.-

Opernball 1989:

18.53: "Von allen Seiten kommen Vermummte"

(Zitat Polizeifunk)

Schlagzeilen mit Straßenschlachten, Brandbomben, vier Meter langen Wurfgeschoßen, Rädelsführern, Terroristen, Verletzten und Distanzierungen geisterten durch die Medien. TATblatt läßt die Beteiligten zu Wort kommen, von beiden Seiten der Barrikaden. Wir bringen: die Polizei im O-Ton, eine Einschätzung von "uns", ein Interview mit der Sani-Gruppe, einen Aufruf zur Solidarität mit den Gefangenen und eine Kurzmeldung aus Frankfurt.

Wut und Politik

(TATblatt)
In den Tagen vor und nach der Anti-Opernballdemonstration war in der Öffentlichkeit viel die Rede von radikalen Minderheiten, die eine Straßenschlacht provozierten und durchführten, die Leute aufhetzten und zu Gewalttaten antrieben; ohne politische Inhalte, nur dem "Selbstzweck der Gewalt" gehorchend.

Diese Einschätzung geht vollkommen an den Tatsachen vorbei. Eine Straßenschlacht kann nicht von einer Minderheit, auch nicht von einer radikalen Minderheit, provoziert und inszeniert werden.

Der Kampf auf der Straße war der Ausbruch einer Wut, eines Hasses auf das System, entstanden durch die tägliche Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung in Fabrik und Büro, in der Schule und auf den Unis, in den Arbeits- und Sozialämtern, und nicht zuletzt durch allzuoft ohnmächtig und allein erlebte Polizeischikanen.

Fortsetzung Seite 2

Außerdem in diesem TATblatt:

Hungerstreik von politischen Gefangenen in der BRD

Prozeß gegen Ingrid Strobl beginnt am 14. Feber 89

Rechtsextremismus in der BRD - die Wahlen in West-Berlin, Republikaner, FAP und DVU

Unterschiedliche Modelle zur Arbeitszeitflexibilisierung in 19 unter die Lupe genommenen Industriestaaten

Alois-Mock-Straße eröffnet

Opernball: Wut und Politik

Fortsetzung von Seite 1

Überraschend viele Leute sind mit dieser Wut vor die Oper gekommen, sie ist aus ihnen herausgebrochen, und daraus entwickelte sich eine radikale Eigendynamik, die letztendlich die Demo bestimmte.

Die OrganisatorInnen hatten nicht an die Stärke dieser Wut geglaubt, sich nicht darauf eingestellt, und konnten so auch nicht mit der konkreten Situation umgehen. So standen die Leute, die sich für den Schutz dieser Demonstration verantwortlich erklärt hatten mit - unter ihrer Vermummung ratlosen - Gesichtern da, und schauten den "unvermummten ChaotInnen" nach, die wie wild auf die Polizeisperre in der Kärntnerstraße zurasten. Die Demostruktur war endgültig zusammengebrochen, der Lautsprecherbus verloren (siehe "Aufruf zur Solidaritätsdemo für die Gefangenen der Anti-Opernball-Demonstration 1989), ...die Dinge nahmen ihren Lauf.

Das bei der Anti-Opernball-Demonstration Geschehene wirft viele Fragen auf, denen sich die gesamte Linke jetzt stellen muß.

Einerseits: Die Auseinandersetzung mit der Wut. Dieser Wut wird ständig das Politische abgesprochen. Sie ist zwar in diesem Kampf auf der Straße nicht politisch organisiert zum Ausdruck gekommen, aber die Ursachen, die Gründe für diese Wut sind durchaus politisch bedingt. Sie entsteht aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, und an dieser Stelle muß zukünftige politische Arbeit ansetzen. Den Leuten muß das Politische an ihrer Wut bewußt gemacht werden, sie muß zu fortschrittlicher politischer Auseinandersetzung führen, nicht zuletzt um den Mißbrauch dieser Wut durch faschistische Kräfte zu verhindern. Genau diese Gefahr liegt in der Distanzierung von den Ereignissen der Anti- Opernball-Demonstration und damit von den Leuten, die daran beteiligt waren.

Andererseits ist es notwendig, sich genauer mit der Strategie zukünftiger Demonstrationen und Aktionen auseinanderzusetzen. Es gilt den Widerstand zu organisieren und die vereinsamten, isolierten Kämpfe einzelner Menschen zusammenzuführen.

vom Schwarzenbergplatz...

....über das Goethe-Denkmal...

....bis zur Kärntnerstraße

Ballgeflüster

Die Polizei spricht über uns, wir lauschen aufmerksam (Zusammenfassung der Ereignisse anhand des Polizeifunks; die Unterlagen erhielten wir aus wohlinformierten Kreisen)

18.44 Demonstration auf Elisabethstr.- 3 Personen beim Aufbau
18.45 ca. 50 Teilnehmer
18.46 im Bereich der unangemeldeten Demonstration (Schwarzenbergplatz) ca. 30 Personen - verhalten sich ruhig
18.51 100 vermummte Personen bewegen sich Richtung Schwarzenbergplatz
18.53 "von allen Seiten kommen Vermummte"
19.03 sind die vorgesehenen Sperren aktiviert? 200-300 Personen wenn nicht noch mehr
19.06 Vom LKW werden Gegenstände abgeladen, Lautsprecher werden in Betrieb genommen "Leute werden minütlich mehr, alle sind ausgepolstert, um sich vor Schlägen zu schützen"
19.21 Demonstration geht Richtung Heumarkt
19.24 2 Festnahmen in der Operngasse
19.56 Demonstrationszug Richtung Lothringerstr.
20.05 Kommando 4 stellt Tretgitter auf

20.20 Spitze des Demozuges vor Karlsplatz
20.23 Demozug überquert Operngasse

20.26 Neugeborn Operngasse-Ring (hört, hört)
20.31 Zug Richtung Oper
20.32 Sperre Ringstr. aktiviert - "sie kommmen in Massen"
20.33 Kräfte beim Göthedenkmal verstärken
20.34 Es werden immer mehr Leuchtraketen geschossen - "soll uns nicht weiter beirren"
20.40 "sie treten uns die Gitter nieder"

20.42 Durchbruch konnte verhindert werden - Situation eskaliert. 2 Züge in Bereitschaft
20.48 Wasserwerfer wird angefordert
20.49 drei Männer mit Handfeuerlöscher
20.50 Aggressivität ist geringer geworden
20.52 Polizei setzt Feuerlöscher ein
20.55 LKW soll angehalten und perlustriert werden
20.57 Zuzug Elisabethstr.
21.02 Spitze Richtung Operngasse - Kärntnerstr. brauch Verstärkung - keine Verstärkung möglich
21.09 dringend Verstärkung - Mercedes kaputt - nur zwei Polizisten
21.16 Wasserwerfer in die Kärntnerstr.

21.17 Verkehrschaos auf der Lothringerstr.
21.20 Feuerwehr weigert sich Personal zur Verfügung zu stellen
21.21 LKW wird gesucht und soll angehalten werden
21.22 Einsatz von Wasserwerfer
21.24 mit demoliertem Mercedes soll Sperre durchbrochen werden Anordnung von Waffengebrauch ist überlegenswert. - LKW gefaßt, "Leute festnehmen und alles beschlagnahmen, was im LKW drinnen ist"
21.26 Versuch, das Absperrgitter zu durchbrechen
21.30 Räumung vorbereiten
21.31 es wird um Waffengebrauch ersucht
21.55 Räumung beginnt - bis Karlsplatz - "für neue Aktionen sammeln"
21.57 Sperre Mariahilferstr. nicht sinnvoll - Sperre Getreidemarkt
21.59 Räumung Richtung Getreidemarkt
22.00 Lothringerstr. Wurfgeschosse - Naschmarkt/Getreidemarkt
22.01 im Resselpark 300-500 Personen

22.05 Demonstranten ziehen Richtung Karlsplatz - Sperre Babenbergerstr./Getreidemarkt - "Zurückgebliebene Relikte sollen aufgesammelt werden"
22.06 Demonstranten laufen Richtung Schwarzenbergplatz - Beamte verfolgen sie
22.10 Demonstranten werden langsam zerstreut - 3 Festnahmen - Massierung in der Lothringerstr. - keine Konfrontation am Naschmarkt
22.14 Demonstranten kommen zurück

22.17 Schwerpunkt Kärntnerstr. - Totalsperre unter Aufgabe von Abschnitt 5 (?) - Frage ob Zustimmung
22.23 Beamter von Stein getroffen
22.37 Steinwürfe gegen Verkehrsbüro - Dauerbeschuß mit Steinen, Anzahl nicht absehbar - ein verletzter Beamter - Räumung über Karlsplatz hinaus
22.41 14.Reservekompanie in die Kärntnerstr.
22.49 bei der Secession mit Steinen beworfen - haben Lage im Griff - Handgemenge
22.55 Ringstr. vor Oper alles ruhig
22.58 Secession harter Kern eingeschlossen
23.10 400 Demonstranten am Karlsplatz - Aktionen beim Verkehrsbüro

23.13 Polizeiauto beim Theater an der Wien beschossen
23.15 2 Festnahmen von Frosch 4
23.21 Demonstration weitgehend zerstreut
23.23 200-300 Demonstranten in der Kärntnerstraße
23.25 Neugeborn Einsatzleiter in der Kärntnerstr.
23.30 Kaindl am Naschmarkt geplündert
23.39 einige Glasscherben in der Operng. wegräumen
23.46 Oper/Ring ruhig

Aufruf zur
Solidaritätsdemonstration
für die Gefangenen der Anti-Opernball-Demonstration 1989

Treffpunkt:
Samstag, 18. Feber 1989
19 Uhr
Wien 1 - Schottentor

Am 2.2.1989 fand trotz eines Verbots von Polizeipräsident Bögl die Anti-Opernball-Demonstration statt. Ein Grund für die Untersagung war die Ablehnung von Bögls Aufforderung zum Dialog mit der Polizei als Voraussetzung für das Stattfinden der Demonstration. (1)

Trotz Verbot und wochenlanger Pressehetze kamen mehr Menschen als in den Jahren zuvor, um ihren Protest gegen die Politik der herrschenden Klasse in diesem Land, für die der Opernball als Symbol steht, auf die Straße zu tragen. Der Haß gegen die tägliche Ausbeutung, Unterdrückung und Entmündigung, in Fabrik und Büro, in der Schule, auf den Arbeits- und Sozialämtern, und nicht zuletzt gegen allzuoft ohnmächtig erlebte Polizeischikanen, brach in einer gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei aus.

Bei der Prügelorgie der Polizei, von Wasserwerfereinsatz begleitet, wurden Dutzende DemonstrantInnen, aber auch PassantInnen und Journalisten zum Teil schwer verletzt. Allein die Sanitätsgruppe der DemonstrationsveranstalterInnen betreute ca. 60 Verletzte, die vor allem Kopfverletzungen davongetragen hatten. 12 Personen wurden festgenommen. Der Lautsprecherwagen wurde von der Polizei gekapert, samt Inventar beschlagnahmt und die InsassInnen verhaftet.

Der Fahrer, der in Österreich lebende bundesdeutsche Staatsbürger Carsten A., wurde, wie man/frau erst nach vier Tagen erfuhr, in U-Haft genommen. Ihm werden Landfriedensbruch und versuchter Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen. Unter den selben Vorwürfen wird noch zumindest eine weitere, während der Demonstration festgenommene Person in Haft gehalten.

Die Polizei entfaltet nun eine systematische Medienhetze, wonach ein von "ausländischen Rädelsführern", womöglich nach RAF-Muster geschulter "harter Kern" die Auseinandersetzungen während der Demonstration inszeniert haben soll. So soll der Lautsprecherwagen den DemonstrantInnen als Nachschubfahrzeug gedient haben und mit Molotow-Cocktails beladen gewesen sein. Die Tatsache, daß Carsten als Lenker des Wagens einen BRD-Paß besitzt, erleichtert das Konstrukt des "ausländischen Anstifters". Eine weitere bewußte Lüge der Polizei ist der Versuch, Verhaltenstips für eine Demonstration mit den Aktions- und Organisationsformen der Guerrilla in Verbindung zu bringen. Die gegen Carsten erhobenen Vorwürfe sind an den Haaren herbeigezogen. Bis heute konnte die Polizei, die ihre Anschuldigungen so gerne mit Fotos belegt, keinen einzigen Beweis dafür erbringen.

Welche Ziele werden mit dieser Vorgangsweise verfolgt ?

* Die gesellschaftlichen Widersprüche in diesem Land sollen verschleiert werden, indem der Eindruck erweckt wird, daß Widerstand aus dem Ausland hereingetragen werden muß.

* Es soll vermittelt werden, daß eigenständiges politisches Handeln unmöglich ist, daß vielmehr unmündige Menschen von "Rädelsführern" für deren finstere Zwecke mißbraucht

werden.

* Die Isolation eines "harten Kerns", dem jegliche politische Motivation abgesprochen wird, soll ein Klima der Entsolidarisierung, Distanzierung und Denunziation unter jenen schaffen, die sich an den militanten Auseinandersetzungen nicht oder nicht unmittelbar beteiligt haben. Gemeinsamer organisierter Widerstand unterschiedlicher Gruppierungen der Linken soll dadurch unmöglich gemacht werden.

* Die Kriminalisierung und Zerschlagung kleiner Gruppen (zB. Ägidi/Spalo, Rotstilzchen dient als Testfall für die Angriffe, die morgen gegen breitere Teile der Linken und des Widerstandes geführt werden sollen.

* Die Auseinandersetzungen während der Anti-Opernball-Demo werden als Vorwand für die weitere Aufrüstung des Polizeiapparats benutzt, um für künftige soziale Kämpfe größeren Ausmaßes gerüstet zu sein. Denn die fürchten die Herrschenden weit mehr als eine Straßenschlacht.

* Die Kriminalisierung von Carsten kann nur im Zusammenhang mit diesen Zielen gesehen werden. Solidarität mit ihm und allen anderen bei der Anti-Opernball-Demonstration Festgenommenen ist unbedingt notwendig, um diese Rechnung nicht aufgehen zu lassen. Es ist nicht abzusehen, ob nicht noch andere an der Demonstration Beteiligte mit Verfahren zu rechnen haben.

Freiheit für Carsten und alle anderen bei der Anti-Opernball- Demonstration Festgenommenen!

Einstellung aller Verfahren im Zusammenhang mit der Anti- Opernball-Demonstration!

(1) Ein rechtswidriger Grund übrigens, da keine juristische Grundlage für solche "Besprechungen" existiert. Eine Kundgebung oder Demonstration muß lediglich innerhalb einer bestimmten Frist persönlich, brieflich oder per Fernschreiben angezeigt werden.

Interview mit der

SanitäterInnengruppe

Auf der heurigen Opernballdemonstration gab es das erste Mal eine autonome Sanitätsgruppe, die sich aufgrund der Vorgangsweise der Polizei bei den vorangegangenen Opernballdemos gebildet hat. Drei Tage nach der Demonstration sprachen wir mit einigen SanitäterInnen.

Tb: Wie habt ihr euch auf diese Demo vorbereitet?

Sanis: Wir haben uns einmal in der Woche getroffen, haben versucht, eine geeignete Ausrüstung zusammenzustellen. Wir versuchten, Kontakt zu Spitälern und Ärzten aufzunehmen und den Transport mit uns bekannten Personen zu organisieren, um nicht an Rettungs- oder Rot-Kreuzleute zu gelangen, die Namen von Verletzten an die Polizei weitergeben.

Tb: Als es dann zu den Auseinandersetzungen kam, war es dann für euch schwer, die Verletzten zu versorgen, bzw. abzutransportieren?

Sanis: Anfangs konnten wir relativ unbehindert die Verletzten versorgen, oft nur 4-5 Meter von der Polizei entfernt. Bei späteren Prügeleinsätzen wurde auf alles geschlagen, was der Polizei im Weg stand. Auf uns wurde mehrmals gezielt losgegangen. EinE SanitäterIn wurde sogar kurz festgenommen, konnte jedoch noch befreit werden. EinE andereR Sani wurde ebenfalls fast festgenommen, unter dem Vorwand des Steinewerfens. Das ist absurd. Sanis sind eigens durch ein rotes Kreuz mit Faust gekennzeichnet und beteiligen sich an keinerlei Aktionen. Unsere Aufgabe ist es, Verletzte zu bergen. Die Polizei schlug gezielt auf Kopf und Gesicht (vor allem auf die Augen), sie legten es nur aufs Zusammenknüppeln an, es wurde fast niemand verhaftet, die Verletzten ließen sie einfach auf der Straße liegen.

Tb: Wie war der Kontakt zur Wiener Rettung und zum Roten Kreuz?

Sanis: Die Leute waren unfreundlich, einmal verweigerten sie den Transport einer Verletzten, erst durch das Anhalten des Busses unsererseits (was in den Medien als Angriff auf den Rettungswagen dargestellt wurde), konnten wir sie zwingen, die Frau mit-

zunehmen. Oft aber konnten sie einfach keine Leute mehr mitnehmen, da sie schon mit 3-4 Verletzten voll waren. Einmal wollten wir einen Rettungswagen telefonisch rufen, die Antwort war: "Geht nicht, sind alle auf der Demonstration."

Tb: Habt ihr einen Überblick, wieviele verletzte DemonstrantInnen es

gegeben hat?

Sanis: Die genaue Zahl ist nicht feststellbar. Es waren ca. 60 Personen, die in Krankenhäuser gebracht wurden, einige Dutzend die wir selbst mehr oder weniger behandeln konnten. Die Anzahl der Personen, die weder im Krankenhaus noch mit uns im Kontakt waren, ist ja überhaupt nicht greifbar. In den Krankenhäusern wurden die Leute zum Teil unfreundlich behandelt, und Leute mit Gehirnerschütterungen wurden ohne jegliche Behandlung oder Kontrolle nach Hause geschickt.

Tb: Seid ihr euch bei der ganzen Sache nicht irgendwie verheizt vorgekommen, es gibt ja Leute, die sich so lange die Auseinandersetzung mit der Polizei geben, bis sie nicht mehr stehen können, und ihr müßt sie dann rausholen.

Sanis: Es war unser erster Versuch, eine Sanigruppe für eine Demo zu bilden und so gab es natürlich große Koordinationsschwierigkeiten. Einerseits war vieles mit den Demoschutzgruppen nicht genug abgesprochen, und dann waren wir alle überrascht von der Intensität der Auseinandersetzungen. Ab einem gewissen Zeitpunkt lag die ganze Verantwortung nur mehr bei der Sanigruppe, weil sich die Demoschutzgruppen entweder zurückgezogen oder überhaupt aufgelöst haben. Es kam oft zu Panikreaktionen, wenn die Polizei losstürmte, und es wurden Leute, die stürzten, einfach zurückgelassen. Die Leute müssen sich für die nächsten Demos auch etwas besser anziehen, dicke Kleidung, Kopfschutz, und kein Alkohol vor oder während der Demo.

Tb: Wird die Sanigruppe weiterarbeiten?

Sanis: Wir denken schon, wir haben ja gesehen, wie wichtig es auf dieser Demo war.

Opernball - auch in Frankfurt

(TATblatt)
Wenige Tage nach dem Wiener Opernball gab es auch in Frankfurt einen Opernball. Und auch dort fand eine Gegenkundgebung statt, die u.a. auf die Ereignisse in Wien Bezug genommen hat. An der Kundgebung nahmen etwa 300 Leute teil.

Staatspolizei
aus der Sicht des Exministers

Ein Nachruf

(tb/dr ua)
Die Staatspolizei - in den letzten Tagen in aller Munde - wurde von Ex-Minister Blecha, nicht zuletzt anläßlich einer parlamentarischen Anfrage im Jahr 1987, überaus positiv bewertet.

Minister Blecha war aber seinerzeit nicht imstande, die gesetzlichen Grundlagen der Staatspolizei zu benennen. Dies ist ihm allerdings nur insoweit zum Vorwurf zu machen, als er nicht zugab, daß es eben keine gesetzliche Grundlagen für die Staatspolizei gibt.

In irreführender Weise versuchte der Exminister, die unstrittige Tatsache, daß einzelne Gesetze, wie beispielsweise das Fremdenpolizeigesetz, das Mediengesetz oder das Vereinsgesetz zur Vollziehung dem Innenministerium unterstehen, als Grundlage der Staatspolizei auszugeben. Wahr ist, daß die genannten Gesetze den Begriff Staatspolizei, genauso wie die österreichische Rechtsordnung, nicht kennen.

Die Staatspolizei ist ein vom Bundesministerium für Inneres bestimmter Teil der Sicherheitsbehörden, dem Agenden in einzelnen Verwaltungsbereichen, zB Fremdenpolizei etc, behördenintern zugeordnet sind. Die Notwendigkeit der Einrichtung der Staatspolizei ist aus keinem Gesetz abzuleiten.

Blecha war aber sowohl im Hinblick auf die Staatspolizei, als auch auf die allgemeine Sicherheitspolizei, davon überzeugt, daß die gesetzlichen Bestimmungen ausreichen, das von ihm verbal oft bemühte Legalitätsprinzip (=Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung) zu erfüllen. Und das, obwohl diese auf den genannten Gebieten fehlen! Die Schaffung eines Polizeibefugnisgesetzes hielt er für nicht notwendig.

Die einzige Definition des Arbeitsbereich der Staatspolizei und ihre Organisationsform findet sich in Gesetzen des Nationalsozialismus, die allerdings auf das heutige Österreich übergeleitet wurden: "Die Aufgaben der Geheimen Staatspolizei (GeStaPo) gehen auf die sachlich und örtlich in Betracht kommenden Sicherheitsbehörden (also die Staatspolizei) über" heißt es im behördlichen Überleitungsgesetz von 1945. Bis heute befand man es nicht für wert, die Arbeit der StaPo durch gesetzliche Bestimmungen (neu) festzulegen.

Obendrein bezieht der Großteil aller polizeilichen Handlungen seine Berechtigung aus einem Sätzchen des Jahres 1929 (Verfassungsüberleitungsgesetz), wonach die Polizei Verordnungen erlassen, ihre Einhaltung überwachen und Übertretungen bestrafen kann, also Legislative und Judikative in einem ist.

Menschenfreie Bankfilialen Chip-Banken in Österreich

(p)
Anfang dieses Jahres wurde von der Zentralsparkasse in der Nähe des Bahnhofs Wien-Mitte die erste menschenfreie Bankfiliale eröffnet. Vor dem Betreten muß die elektronische Sperre mit Hilfe einer Karte gelöst werden. BesitzerInnen einer Bankoma

t-, Z-Club- oder Z-Servicekarte können daraufhin ihre Routineangelegenheiten tätigen. Überwacht von Kameras können Kontoauszüge gedruckt, Auf- träge getätigt und am außen befindlichen Bankomat Geld abgehoben werden. Kunden sollen auch durch die ver längerten Öffnungszeiten (7-20 h) geködert werden. Auch andere, konventionelle Banken wurden mit Zonen ausgestattet, die außerhalb der normalen Öffnungszeiten zugänglich sind und diese Features bieten. Die alten- und behindertenfeindliche Seite dieser Technologien stört die Banken dabei wenig, für das Kapital ist der finanzkräftige Normkunde wichtig. Nach dem Produktionsbereich wird nun auch der Konsumbereich automatisiert, der Geldfluß zunehmend entmaterialisiert. Eine Tendenz, die sich auch bereits im Handel niederschlägt. Erste Zeichen: Bankomatkassa und Strichcode. Schlechte Zeiten für Bank räuberInnen und LadendiebInnen brechen an.

Chancen ? Risiken ?

Gentechnik-Seminar am Biozentrum der Uni Wien

(p)
Am 26. Januar fand die Abschlußveranstaltung einer Veranstaltungsreihe zu Gentechnik in Form einer Podiumsdiskussion statt. Wissenschaftsminister Tuppy, Referent und Podiumsteilnehmer, bewies seine Pseudokompetenz als Verteidiger des gesellschaftlichen und kulturellen Notstandes. Tuppy wurde von den Kritikern im Publikum vor allem die Untätigkeit des Ministeriums gegenüber dem offensichtlichen rechtlichen Handlungsbedarf vorgeworfen, was vor allem im Interesse der Industrie liege. Die Vertreter der Industrie (Beug vom IMP, Aringer von Bender) wurden mit der Tatsache konfrontiert, daß die Privatunternehmen ebenso wie die verstaatlichten Konzerne kein klares und einheitliches Verhalten in Fragen der Anlagensicherheit zeigen. Frauen wurden so gut wie nicht einbezogen, wie auch die gesamte Veranstaltungsreihe durch die Ausgrenzung der Reproduktionstechnologien eine Auseinandersetzung mit dem feministischen Diskurs zu diesem Thema unmöglich macht.

Die Veranstaltungsreihe "Chancen und Risiken der Gentechnik" wurde während des Wintersemesters 1988/89 vom Lehrenden und Studierenden am Biozentrum der Uni Wien organisiert und abgewickelt. In diesem Rahmen wurden internationale KritikerInnen der Gentechnologie (Benno Haerlin, Joachim Spangenberg ua.) und VertreterInnen der Industrie zu Referaten mit einer anschließenden Diskussion eingeladen, wobei die Sicherheitsdiskussion den roten Faden bildete, zu dem die Thematik immer wieder zurückkehrte. Ob eine Technologie mit dem Macht- und Gefahrenpotential der Reproduktions- und Gentechnologien mit den Mitteln der herkömmlichen Wissenschaft überhaupt noch handhabbar ist, konnte dabei weder thematisiert noch beantwortet werden.

Prozeß gegen Peter Margulies

Peter Margulies, eben erst aus dem Gefängnis entlassen (siehe TATblatt minus 97), wird am 2. März um 9 Uhr der Prozeß in Zusammenhang mit der studentischen Aktionsdemo im Herbst 1987 gemacht. Zahlreicher solidarischer Besuch ist eine Waffe!

2.März um 9 Uhr Landesgericht für Strafsachen 1082 Wien, Florianigasse 8 2.Stock Saal 6

Kunst gegen Neonazis, AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus

Obwohl die NDP verboten ist, zeigt sie sich in einem Haus am Landstraßer Gürtel (noch) überaus aktiv. Eine Räumung des NDP- Lokals erscheint unwahrscheinlich, da dem Hausbesitzer zumindest ein Nahverhältnis zur NDP nachgesagt wird.

Das Antifaschistische Personenkomitee Wien-Landstraße (Zentrum Erdberg / Lechnerstraße 2-4 / 1030 Wien veranstaltet, um auf diesen Mißstand aufmerksam zu machen, am 25. Feber in der Arena ein Konzert mit Wilfried, Jazz-Gitti, Erste Allgemeine Verunsicherung u.a.

Endlich die Wahrheit über die Ursachen innerkoalitionärer Streitigkeiten

Keineswegs sollte man politische oder gar ideologische Unterschiedsmomente annehmen, das heißt, sich nicht daran festklammern, daß eine der beteiligten Parteien noch immer das symbolische Kürzel "S" trägt - nein, gerade um Kürzelprobleme geht es!

Es handelt sich um einen neidvollen Wettstreit, welcher von den beiden Partnern sich ÖVP-I und welcher sich ÖVP-II nennen darf. Soll der, der den Namen schon länger trug, die Kürzel "I" erhalten oder der Parlamentssitzestärkere?

Eigentlich würden sich ja die beiden lieber darum streiten, welcher von ihnen nun K(-onservative)PÖ-I beziehungsweise KPÖ-II heißen darf, auf dieses hübsche Kürzel hält aber schon eine andere konservative Partei ihre runzligen Finger.

Vranitzky kennt viele Leute

(wiener zeitung:tb)
96% der österreichischen Bevölkerung haben den Namen Franz Vranitzky schon mal irgendwo gehört oder gelesen. Dies ist das Ergebnis einer nun von IMAS vorgestellten Umfrage. Er ist damit der bekannteste Politiker Österreichs. Von Jörg Haider haben nur 94% schon mal gehört. Alois Mock folgt angeschlagen mit 90%.

Endlich: "Alois-Mock-Straße" eröffnet

(wiener zeitung:tb)
Am 30. Jänner eröffnete Alois Mock in Gaseke (Rwanda) die nach ihm benannte "Alois-Mock-Straße". Die Straße wurde von Österreich mit 30 Millionen Schilling finanziert.

Arbeitszeitmodelle:

Trend zur Flexibilisierung

(kontraste)
Eine von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände in Auftrag gegebene Studie hat die Arbeitszeitmodelle in 19 Industrieländern unter die Lupe genommen. Schwerpunkte bildeten dabei die Diskussion über die Sonntagsarbeit und die verschiedenen Modelle der Arbeitszeitflexibilisierung.

Vorangetrieben: Flexibilisierung

In fast allen untersuchten Ländern, so die Grundaussage des Untersuchungsberichtes, bestehen verstärkte Bestrebungen, die Wochen- oder Jahresarbeitszeit flexibler zu gestalten, wofür im wesentlichen 3 Grundmodelle existieren:

Modell 1:

Bei diesem Modell kann die "normale" Wochenarbeitszeit innerhalb einer Woche variabel gestaltet werden. Wird zB an einem Tag mehr gearbeitet, so muß die Mehrzahl der geleisteten Arbeitsstunden noch in der gleichen Woche etwa in Form von halben bzw ganzen freien Tagen oder Freizeitblöcken innerhalb der Arbeitszeit "ausgeglichen" werden. Dieses Modell wird beispielsweise in der BRD, in Finnland, Italien, Spanien und den Niederlanden angewandt.

Modell 2:

Hier wird die Wochenarbeitszeit über einen bestimmten Zeitraum flexibilisiert. Die Mehrzahl an Arbeitsstunden (bzw die Minderzahl) muß also innerhalb eines bestimmten Zeitraumes (Woche/Monat) ausgeglichen werden. Dieses Modell wird in Österreich, Belgien, Japan, Frankreich, Dänemark, sowie auch in Finnland und der BRD praktiziert.

Modell 3:

Differenzierung der individuellen regelmäßigen Wochenarbeitszeit für einzelne ArbeitnehmerInnen oder Gruppen von ArbeitnehmerInnen. Konkret heißt das, daß je nach Produktionsbedarf die wöchentliche Arbeitszeit mit dem/der ArbeitnehmerIn oder Gruppen von ArbeitnehmerInnen individuell geregelt werden kann. Dieses Modell wurde etwa in der bundesdeutschen Metallindustrie verwirklicht.

International gesehen scheint sich vor allem das auch in Österreich praktizierte Modell 2 durchzusetzen. Der Grad der Flexibilisierung hängt bei diesem Modell einerseits vom "Flexibilisierunsspielraum" und andererseits von der "Länge des Ausgleichszeitraumes" ab.

Der "wöchentliche Flexibilisierungsspielraum" wird durch die Mindest- und Höchstzahl an Arbeitsstunden, die pro Woche gearbeitet werden dürfen, bestimmt. Innerhalb dieser Grenze kann die individuelle Arbeitszeit eines/r Arbeitnehmer/in/s variabel gestaltet werden. Die Studie zeigt, daß in keinem Land für Arbeitsstunden, die die tägliche oder wöchentliche tarifliche Normalarbeitszeit überschreiten, Überstundenzuschläge gezahlt werden müssen. Der wöchentliche Flexibilisierungsspielraum wird in den einzelnen Ländern und Branchen durch Gesetze, Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarungen unterschiedlich begrenzt.

So etwa gibt es in Belgien keine Begrenzung. Dort ist im Rahmen der Flexibilisierung eine tägliche Arbeitszeit von maximal 12 Stunden möglich. In Frankreich oder Dänemark hingegen darf maximal 44 bzw 45 Stunden pro Woche gearbeitet werden. In einigen Ländern wiederum, darunter Österreich, gibt es eine Mindest- und eine Höchstzahl der zu leistenden Arbeitsstunden. In der österreichischen Metallindustrie etwa darf wöchentlich zwischen 37 und 40

Stunden gearbeitet werden, in der bundesdeutschen Metallindustrie dagegen zwischen 37 und 39,5 Stunden pro Woche.

Der "Ausgleichszeitraum" ist der Zeitraum, in dem die wöchentliche Real-Arbeitszeit im Durchschnitt einzuhalten ist. Seine Länge wird durch Gesetz, Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung von Land zu Land und Branche zu Branche unterschiedlich geregelt. -bis zu 3 Monaten (zb Japan); 4 Monaten (zB Finnland); 6 Monaten (zB Dänemark, BRD); 12 Monaten (zB Österreich, Belgien, Frankreich, Schweden)

Heftig diskutiert: Sonntagsarbeit

In der BRD etwa sorgte die Verhandlungsbereitschaft einiger Einzelgewerkschaften für Zündstoff. Im internationalen Vergleich fällt auf, daß in der Mehrzahl der untersuchten Länder Sonntagsarbeit ausdrücklich per Gesetz verboten ist (zB Österreich, Belgien, BRD, Frankreich, Griechenland, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Schweiz).

Länder in denen kein ausdrückliches Verbot der Sonntagsarbeit besteht sind Dänemark, Finnland, Großbritanien, Japan, Schweden, Spanien, USA.

Trotz gesetzlicher Regelungen werden in zahlreichen Ländern Versuche unternommen, das Verbot der Sonntagsarbeit zu unterminieren. Während bislang nur in Ausnahmefällen am Sonntag gearbeitet werden durfte (beispielsweise in Krankenhäusern oder im Gastgewerbe) ist in letzter Zeit zunehmend die Tendenz zur Sonntagsarbeit aus wirtschaftlichen Gründen zu beobachten. (Von unbezahlter Sonntagsnachtarbeit in sogenannten idealistischen Zirkeln ganz zu schweigen; Anm. d. Tippers am Sonntag, 29. Jänner um 20.20 Uhr)

In Frankreich kann das Verbot der Sonntagsarbeit seit Mitte 1987 durch Betriebsabkommen (auf der Basis der Tarifverträge) aufgehoben werden.

In den Niederlanden wird Schichtbetrieben in letzter Zeit immer häufiger Sonntagsarbeit aus "wirtschaftlichen Gründen" erlaubt.

In Luxemburg wird gegenwärtig eine Gesetzesänderung vorbereitet, die künftig Sonntagsarbeit unter bestimmten Voraussetzungen auch aus "wirtschaftlichen Gründen" ermöglichen soll.

In der Schweiz ist Sonntagsarbeit aus "wirtschaftlichen Gründen" schon lang möglich. Hier ist der Begriff "wirtschaftliche Gründe" zudem besonders weit gefaßt. Diese liegen etwa auch dann vor, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz durch "günstigere" Arbeitsbedingungen im Ausland (zB längere Arbeitszeit) beeinträchtigt zu werden droht.

In Irland kommen die zahlreichen Ausnahmeregelungen einer Aufhebung des gesetzlichen Verbots von Sonntagsarbeit gleich.

In der BRD gehört die Sonntagsarbeit in Teilen der Automobil- und Metallindustrie zur Regel. Die Verhandlungsbereitschaft von Einzelgewerkschaften hat aber inzwischen zu einer heftigen Debatte innerhalb des bundesdeutschen Gewerkschaftsbundes DGB geführt. In einer Stellungnahme des DGB-Vorstandsmitglieds Lothar Zimmermann heißt es dazu: "Die Genehmigung von Sonntagsarbeit aus wirtschaftlichen Gründen würde den verfassungsrechtlichen Schutz des Sonntags als gesellschaftlichen Wochenfeiertag unterlaufen." Gleichzeitig warnt der DGB vor einer allzu freizügigen Handhabung der Sonntagsarbeit im EG-Binnenmarkt ab 1993.

Auch in Österreich wird trotz des generellen Verbots immer häufiger am Sonntag gearbeitet. Im Unterschied zur BRD aber ist dieses Thema noch kein Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung.

Quelle: Schoenaich-Carolath: Arbeitszeitmodelle im 19- Ländervergleich, in RdA, Heft 5, Frankfurter Rundschau 6.1.19898

Informiert 4 Mal im Jahr über die Situation in Nicaragua, über Österreichs Beziehungen zu Nicaragua, über Solidarität konkret.

Jahresabo S 100
Einzelpreis S 30

Bestellungen bei: Nicaragua-Brigadisten, c/o Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftg. 8 Tel. 936475 oder 487121 (WUK)

Düsseldorf:
Prozeß gegen Ingrid Strobl beginnt

Nach mehr als einem Jahr Untersuchungshaft wird am 14. Feber 1989 vor dem Oberlandesgericht Dusseldorf der Prozeß gegen Ingrid Strobl eröffnet. Die Anklage lautet auf Mitgliedschaft in den "Revolutionaren Zellen / Rote Zora" und auf Beteiligung an dem Anschlag auf das Verwaltungsgebaude der Lufthansa am 26. Oktober 1986 in Koln. Dieser Anschlag der RZ richtete sich gegen die Beteiligung der Lufthansa am Sextourismus und an der Abschiebung von Fluchtlingen aus der BRD. Die Anklage basiert auf Paragraph 129a StGB ("Gründung, Mitgliedschaft, Unterstützung,... einer terroristischen Vereinigung..."; diente seinerzeit zur Verfolgung der KPD, oder heute zur Kriminalisierung jeglichen Widerstands oder unerwünschter Informationen oder Diskussionen darüber; vgl TATblatt minus-100)

Der Prozeß gegen Ingrid Strobl ist Teil einer großangelegten Aktion von Bundesanwaltschaft (BAW) und Bundeskriminalamt (BKA). Ausgangspunkt war eine Groß-Razzia am 18.12.1987, bei der das BKA 33 Wohnungen und Arbeitsstellen u.a. in Hamburg, Koln, Essen, Dusseldorf und Bochum durchsuchte. Die Razzia wandte sich gegen radikale Kritikerinnen nd Gegnerinnen der Gen- und Reproduktion stechnologien, der Fluchtlingspolitik, des Prostitutionstourismus und gegen militanten Widerstand. Die Ermittlungen richteten sich gegen 23 Personen 4 Frauen wurden verhaftet: Ulla Penselin in Hamburg, Ingrid Strobl in Koln sowie Erica Prauss und Andrea Sievering in Dusseldorf. Gegen die beiden letzteren wird derzeit in Stuttgart- Stammheim wegen angeblicher RAF-Mitgliedschaft verhandelt

Um die Durchsuchungen zu rechtfertigen, mußten einerseits die personlichen Beziehungen der Beschuldigten untereinander herhalten, andererseits wurde der Begriff der "anschlagsrelevanten Themen" geschaften. Eine Konstruktion, die die Ausweitung der Anwendung des Paragraphen 129a ermoglicht.

Nach 8 Monaten Untersuchungshaft wurde Ulla Penselin im August 1988 freigelassen. Die BAW konnte die Anklage nicht mehr durchsetzen. Das Verfahren wurde eingestellt. Der Großteil anderer Ermittlungsverfahren lauft aber, trotz ahnlich fadenscheiniger Begrundungen, weiter.So wird seit Janner 1988 nach 4 Personen gefahndet.

Eine zentrale Rolle bei den Staatsschutz-Konstruktionen im Fall Strobl spielt ein Wecker der Marke Emes Sonochron. Der Kauf eines solchen Weckers ist der Hauptvorwurf im Verfahren gegen Ingrid. Derartige Wecker wurden namlich bei mehreren Anschlagen der RZ verwendet. Die BAW behauptet nun, daß ein von Ingrid Strobl gekaufter Wecker beim Anschlag auf das Lufthansa Gebaude verwendet wurde, und sie somit Mitglied der Roten Zora sei

Parallel zum Prozeß gegen Ingrid Strobl wird vor dem Frankfurter Oberlandesgericht das Verfahren gegen den Anti-Startbahn- und Anti-Atom-Widerstand im Raum Frankfurt laufen

Am 11. Feber findet anläßlich des Strobl-Prozesses eine Demonstration in Essen statt

BRD und Westberlin:

Die braune Saat.....

(taz,tb)

Der Schock nach der West-Berliner Wahl über das Ergebnis währte nicht lange. Schon einige Tage nach der Abstimmung kümmern sich die etablierten Parteien mehr um ihre Teilnahme an der wie auch immer gearteten Regierung. Die Republikaner, die als vierte Kraft in den Senat einzogen, klopfen große Sprüche und schmieden große Pläne. Rechtsextreme Sprüche und rechtsextreme Pläne. 7,5 Prozent, das sind 120.000 Stimmen, obwohl die Republikaner nicht in allen Wahlkreisen kandidierten, scheinen niemanden ernsthaft zu beunruhigen. Man geht zur Tagesordnung über. Doch es sind nicht nur die Republikaner, die sich aus dem konservativen Lager ausklinken, es gibt noch eine Unzahl anderer, so z.B. die NDP (Nationale Partei Deutschlands), die DVU (Deutsche Volksunion), die FAP (Freiheitliche Arbeiterpartei).

„Republikaner"-Sympathisanten bei der zentralen Wahlveranstaltung

Der Alleinherrscher bei den Republikanern ist Franz Schönhuber, einst Sportreporter, danach Chefredakteur der Münchner Boulevardzeitung "tz". Schließlich stellvertretender Chefredakteur und Hauptabteilungsleiter beim Bayrischen Rundfunk (BR). Dort wurde er allerdings gekündigt, als 1981 sein Erstlingswerk "Ich war dabei" erschien. "Dabei" war er bei der Waffen-SS, worauf er noch heute stolz ist (Das Buch erscheint derzeit in der 14. Auflage). Nach seinem Rausschmiß fand er eine neue Heimat bei den Republikanern, deren Vorsitzender er schließlich 1985 wurde. Seitdem geht's bergauf: 1986 bei den bayrischen Landtagswahlen 3,1 Prozent (342.000 Stimmen),und jetzt der Erfolg in West-Berlin.

Mittlerweile gibt es über 8.000 MitgliederInnen, viele Polizisten, Beamte und Offiziere fühlen sich durch das Programm der Republikaner bestätigt. In West-Berlin haben einzelne Polizeieinheiten, nach SPD Aussagen, geschlossen für die Republikaner gestimmt. Das Entsetzen nach dieser Wahl ist verlogen. Die konservativen Parteien bereiteten stets den Boden für all diese Gruppierungen. Ihre Anspielungen in Bezug auf AusländerInnen, "innere Sicherheit", Asylpolitik, etc. werden bei den Rechtsextremen zu zentralen Themen.

Dort, wo sich Widerstand gegen die NeofaschistInnen formiert, wird er von den Einheiten der Polizei weggeknüppelt. Auch das hat Kontinuität; zuletzt am 2.Feber in Nürnberg bei einer Protestkundgebung gegen die Republikaner.

In Bremen gibt es einen rechtsextremen Abgeordneten der DVU. In Langen(Hessen) formierte sich die sogenannte "Nationale Sammlung" (NS) rund um den Ex-Bundeswehrleutnant Michael Kühnen, um:"diese Stadt zur ersten ausländerfreien Stadt zu machen!". Der Terror ist dort an der Tagesordnung. Bei Angriffen von Rechtsextremen der FAP auf einen Infoladen in Dortmund wurden von der

Abgeordnetenhauswahl 1989

Parteien	WAHL '89 Prozente	WAHL '89 Sitze	WAHL '85 Prozente	WAHL '85 Sitze	BUND '87 Prozent
CDU	37,8 %	55	46,4 %	69	41,3 %
SPD	37,3 %	55	32,4 %	48	38,7 %
AL	11,8 %	17	10,6 %	15	9,4 %*
FDP	3,9 %	0	8,5 %	12	9,1 %
SEW	0,6 %	0	0,6 %	0	—
REP	7,5 %	11	0,0 %	0	—
Sonstige	1,1 %	0	1,5 %	0	—
Wahlbeteiligung: 79,6 %					

Vorläufiges amtliches Endergebnis

* Die Grünen

Polizei sämtliche Personen des Infoladens festgenommen. Ob gegen die Faschisten überhaupt Erhebungen gestartet werden, ist nicht bekannt. Die Aufzählung ließe sich endlos weiterführen. Eines ist jedoch klar - wo sich Widerstand gegen Rechtsextremisten formiert, schreitet die Staatsgewalt ein, schützt die Faschisten und prügelt Linke nieder.

In West-Berlin gelingt es der SPD und AL (Alternative Liste) nur deshalb, eine rechnerische Mehrheit zu erreichen, da die Rechtsextremen der CDU den Rücken kehrten. Sie sind eine real existierende Kraft und sie müssen bekämpft werden, trotz der Unterstützung, die ihnen Politik und Wirtrschaft mit ihren Polizeiketten bieten.

West-Berlin:

Auf UNiMUT folgt MIETMUT

(tb)

Mietwucher wird gemacht... Mietstreik auch. Gedacht getan, und so will man/frau in Westberlin die Mieten nun in Selbstverwaltung senken. Hausversammlungen, Häuserblockversammlungen etc. sollen organisiert werden, um den gemeinsamen Mietstreik durchführen zu können. Erstaufrufende dazu sind die Arbeitsgruppe "Mietstreik" am Fachbereich Architektur und die Wohnungsnotinitiative der TU. Auslöser für das Mietunbehagen ist u.a. die vor rund einem Jahr stattgefundene Aufhebung der Mietpreisbindung, was zu Mieterhöhungen bei Neuvermietung von zumeist 25-30% - in Extremfällen von 50% - geführt hat.

Über den Verlauf der Aktionen werden wir noch berichten.

USA:

Weiße leben länger

Republikaner im O-Ton Aus den Wahlplattformen

"Wir fordern: - Kein Wahlrecht für Ausländer; Verringerung des Ausländeranteils so schnell wie möglich durch Stopp des Nachzugs und Förderung freiwilliger Rückkehr; - kein Asyl für Wirtschaftsflüchtige; sofortige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber; - striktes Verbot für Ausländer, sich politisch zu betätigen; - wir lieben Deutschland, wie andere Völker ihr Vaterland lieben, Deutschland darf nicht zu einem Einwanderungsland werden, es muß das Land der Deutschen bleiben; - bessere Ausrüstung der Polizei, u.a. mit Distanzwaffen; mehr Polizei auf den Straßen; keine Behinderung der Fahndung durch Datenschutz; - Frauen müssen die unbeschränkte Möglichkeit zu einer qualifizierten Berufsausbildung erhalten - aber sie müssen ebenso ihre naturgegebene Fähigkeit als Mutter und Mittelpunkt der Familie wahrnehmen können; - die Familie muß gefördert werden, da Menschen nur in ihr Geborgenheit finden, Kinder nur in ihrem Schoß behütet aufwachsen können.

(kontraste: Int.HeraldTribune)

Die Lebenserwartungen von Weißen und Schwarzen in den USA klafft zunehmend auseinander.

Im Jahre 1900 lag die Lebenserwartung bei weißen US- AmerikanerInnen bei 47,6, bei nicht-weißen bei 33 Jahren. Bis in die achtziger Jahre wurde dann in allen Bevölkerungsgruppen ein Anstieg der Lebenserwartung verzeichnet. 1984 betrug sie 75,3 Jahre bei Weißen, und 69,7 Jahre bei Schwarzen. In den darauffolgenden zwei Jahren stieg die der Weißen zwar weiter, auf 75,4 Jahre, die der Schwarzen sank jedoch plötzlich auf 69,5 im Jahre 1985, und 69,4 im Jahre 1986. Das "Nationale Amt für Gesundheitsstatistik" begründet dies mit der steigenden Todesrate bei Schwarzen, verursacht durch Kriminalität, Autounfälle und AIDS. Allein 1985 und 1986 seien 15 % mehr Schwarze durch Mord und Totschlag ums Leben gekommen als in den Jahren zuvor. Bei den Weißen betrug die Steigerungsrate "nur" 5%. Ähnlich verhält es sich bei Autounfällen und AIDS.

Vielmehr ein Grund aber dürfte sein, daß die zunehmenden sozialen Probleme - an erster Stelle Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit - in erster Linie Schwarze treffen. Und sie zählen auch zu den Verlierern der restriktiven Sozialpolitik der Reagan- Administration: die Kürzungen der Sozialhilfeprogramme, die Einsparungen im Gesundheitswesen und andere Maßnahmen setzen die ohnehin benachteiligte und ärmere schwarze Bevölkerung zunehmend unter Druck.

Für den Direktor der "Nationalen Städte-Liga", Ed Pitt, ist der Rückgang der Lebenserwartung in der schwarzen Bevölkerung ein Ausdruck des Versagens des bestehenden Sozialsystems: "Die Gesundheitsversorgung des schwarzen Amerikas ist in einer ernsten Krise."

Ungarn:

Unterschriftensammlung erzwingt Vertrauensabstimmung über Parlamentsabgeordnete

(phx)
In mehreren Budapester Wahlkreisen ist es bereits gelungen, die für eine Absetzung des Parlamentsabgeordneten des jeweiligen Landkreises notwendigen Unterschriften zu sammeln. Die Unterschriftensammelaktionen (TATblatt berichtete) wurden auf Grund der Abstimmungsverhalten der Abgeordneten im vergangenen Herbst für das Kraftwerksprojekt Boes-Nagymaros initiiert.

Um eine Vertrauensabstimmung über einen Abgeordneten durchsetzen zu können, sind Unterschriften von zehn Prozent der Wahlberechtigten notwendig.

Bislang sind die notwendigen Unterschriften für die Rückberufung von Miklas Vida, Mitglied des Präsidialrates und Vizepräsident des ungarischen Parlaments und von Istvan Dauda gesammelt. Im Falle Dauda gelang dies innerhalb eines Tages. Auch in weiteren Wahlkreisen sollen Unterschriften gesammelt werden.

Patentierung neuer Formen lebender Materie

(phx)
- so der Titel einer Konferenz (7. bis 8.Februar) im Europäischen Parlament in Brüssel. Diese Konferenz bezieht sich auf einen, bereits im Oktober '88 vorgelegten Vorschlag der EG- Komissionen für eine "Richtlinie zur Patentierung neuer Lebensformen", die eine Patentierung innerhalb der nationalen Gesetzgebungen ermöglichen soll. Und was überzeugt Politiker von der Wichtigkeit, das unter dem Terminus "lebende Materie" subsummierte Leben kühlbürokratisch abzuhandeln? - Richtig, die "Biotechnologie-Industrie" drängt auf eine systematische Registrierung der Ergebnisse ihrer, ethisch vielfach zweifelhaften, Experimentierpraktiken. Erschreckend, diese Souveränität der Forderung nach gesetzlicher Systematisierung von lebenden "Ergebnissen", die mittels Methoden bzw Eingriffen, die von noch niemand kompetentem breitenwirksam vorgestellt und kritisiert wurden, deren Folgen und Tragweite noch gar nicht wirklich in die öffentliche Diskussion durchgedrungen sind, entstanden sind. Handelt es sich vielleicht um den Versuch, die öffentlich-kritische Diskussion vor gesetzlich verfestigte Tatsachen zu stellen? Das wäre ja eine ganz neue Taktik!

Entführter Wehrdienstverweigerer wieder aufgetaucht

(tb)
Der Wehrdienst-Totalverweigerer Robert Richter, der am 2. Janner von der "Aktion Franz Jägerstatter" entführt worden war (TATblatt berichtete in der Minus-98-Nummer) ist wieder aufgetaucht! Doch erneut trachtete man nach seiner Freiheit. Diesmal sucht ihn die Polizei. Als "letzten Zufluchtsort" wählte er nun den Wiener Stephansdom, wo er sich am Mittag des 8. Feber an eine Gittertüre kettete. "Obwohl mir bewußt ist, daß die katholische Kirche immer wieder durch ihr Mitwirken an der gewaltsamen Erhaltung lebensfeindlicher Hierarchien ihre eigenen Machtanteile sichert. Dies reicht von der Verfolgung Andersdenkender über grausamen Hexenwahn bis zu waffenweihenden Militärseelsorgern. Trotzdem erwarte ich Unterstützung von denjenigen, welche sich am christlichen Glaubensgrundsatz der freien Gewissensentscheidung orientieren."

Letzte Meldung:
Robert wurde verhaftet und sitzt nun, letzten Angaben zu Folge, im Eisenstädter Gefängnis.

Probeexemplar anfordern!

EPN

DAS DRITTE WELT-MAGAZIN

Abonnement der EPN zum Jahrespreis von
öS 320.- (Ausland öS 370.-)
öS 200.- (ermäßigt, Begründung beilegen)
Einsenden an ÖIE Tuchlauben 8/6/16
1010 Wien

Dokumentation

Hungerstreik von politischen Gefangenen in der BRD

Am 1. Feber traten Gefangene aus der RAF und Mitglieder anderer militanter Gruppen kollektiv in den Hungerstreik. Ihre Zahl ist am 3. Feber von 28 auf 38 gestiegen. Die Reaktion der Bundesanwaltschaft war die Durchsuchung sämtlicher Zellen. Dabei ist nach Unterlagen gesucht worden, die erklären sollen, wie es zur zeitgleichen Aktion, und den weitgehend übereinstimmenden Erklärungen kommen konnte. Es ist aber auch nach Indizien gesucht worden, die auf eine Absprache mit Personen außerhalb der Haftanstalten hindeuten könnten. Dieser Hungerstreik, der an einen Hungerstreik der nordirischen IRA angelehnt ist, soll in den ersten beiden Wochen kollektiv verfolgt werden. Fortgesetzt wird er dann von zwei der Streikenden, und alle 14 Tage sollen wiederum zwei weitere den Hungerstreik wiederaufnehmen.

Genau 4 Jahre nach Beendigung des letzten Hungerstreikes der RAF-Angehörigen ist diese Aktion eine Antwort auf die Amnestiedebatte in der BRD. Es ist nicht nur eine Kampfansage an den Staat, sondern auch eine Aufforderung an die gesamte Linke, sich mit dem militanten Widerstand und den Haftbedingungen in der BRD auseinanderzusetzen.

Es ist ein Schrei über die Gefängnismauern hinaus, der nicht ohne Antwort bleiben darf.

wir sind seit heute im hungerstreik. jetzt lassen wir nicht mehr los, die zusammenlegung muß jetzt erreicht werden.

jeder, der es wissen will, weiß, was die isolation ist, sie ist international begriffen und als folter definiert. hier haben sie inzwischen die isolation für gefangene revolutionäre, ob aus guerilla, aus dem widerstand oder ausländische genossen und genossinnen, zur regel gemacht, und sie setzen sie gegen kämpfende soziale gefangene ein - international wird sie als die saubere perfide methode der feinen brd-europäer immer mehr übernommen. hier muß sie gebrochen werden.

neun hungerstreiks haben wir gemacht, zwei gefangene sind daran gestorben, viele von uns haben gesundheitsschäden. jetzt muß schluß sein mit dieser achtzehn jahre langen tortur. das ist unser definitiver entschluß, so werden wir kämpfen.

es gibt dazu nicht mehr viel zu erklären. unsere situation und unsere forderung sind klar. uns sträubt sich inzwischen auch schon alles, von der isolation noch zu reden und davon, daß wir zusammen wollen. diese dürren wörter und ihre wiederholung sind schon ein hohn auf die wirklichkeit in den gefängnissen. im lauf des streiks wollen wir dann noch öfter etwas sagen, jetzt nur ein paar hauptsachen, worum es uns geht.

wir machen so nicht mehr weiter.

das ziel der isolation war von anfang an, die gefangenen zu zerstören, um die politik der raf zu ersticken. damit sind sie an uns gescheitert - aber wir ertragen es so auch nicht mehr. wir wollen es jetzt nicht mehr aushalten, so ist es, das ist jetzt unsere politische und unsere existenzielle entscheidung. denn wenn wir uns auch gegen ihren zerstörungsautomaten behaupten konnten, und wenn wir selbst in dieser lage noch entscheidendes neues für uns gewonnen haben - es gibt eine grenze, an der der permanente kampf der einzelnen und die ständig weit reduzierte lebensweise als gefangene politische gruppe für uns nicht mehr gehen. die ist jetzt da.

es ging immer nur eine begrenzte zeit, an den hungerstreikzyklen durch all die jahre ist es abzulesen. in ihnen haben wir unsere identität im kampf verteidigt und uns die kollektivität in der vereinzelung immer wieder lebendig gemacht.

bis das, was wir uns aus dem kampf in die löcher geholt hatten, wieder aufgebraucht war.

jetzt fügen wir dem nicht mehr noch einen streik nur dazu, das ist nicht mehr möglich, jetzt gibt es für uns nur noch das materielle ziel.

wir wollen jetzt die zusammenlegung, und wir wollen damit auch diese ganze lange phase abschließen - und dann wollen wir weiter. auf eine absehbare reaktion "die isolation wird aufgehoben", also kosmetik, einzelne, differenziertere anpassungen, die dem brd-staat nur die angriffe wegen der isolation vom hals schaffen sollen und für uns nicht das grundlegende ändern, werden wir uns nicht mehr einlassen. nicht mehr nach dieser langen zeit. das soll von anfang an klar sein. wir haben immer jede kleine veränderung genutzt, waren immer zu schritten bereit. jetzt gibt es aber nichts mehr als die zusammenlegung.

zu glauben, mit einer neuen aufmachung, was sich dann vielleicht "normalvollzug" nennt, unserem kampf zusammenzukommen den boden entziehen zu können, ist ein irrtum. das heißt dann nur eine neue runde. es gibt nichts mehr als die zusammenlegung.

es ist auch nicht mehr nur das alte - die notwendigkeit gegen die isolation und die möglichkeit einer gegenstruktur in diesen bedingungen -, in diesem brennofen bleibt nichts wie es war. die forderung hat für uns in der zeit auch eine viel weitergehende materialität bekommen. nur aus den beziehungen zueinander und deren permanenter lebendiger entwicklung sind wir durch diese zeit gekommen - und darin ist unser zusammenhang teil von uns geworden wie arme und beine.

das nimmt uns heute niemand mehr, das dreht keiner zurück. es ist eine materialität, die der kampf gegen die vernichtung geschaffen hat - und dasselbe jetzt einfach auch mal so: es ist das dialektische produkt ihrer maßnahmen. und nachdem die jetzt achtzehn jahre mit allen varianten so stehen und keine "normalität" damit exekutiert werden konnte, müssen sie die krote, die die zusammenlegung für sie ist, auch schlucken. aber nicht nur subjektiv, auch bezogen auf die politische entwicklung geht es schon um mehr. in der

wirklichkeit klaffen unsere situation und damit unsere möglichkeiten und was die reale situation insgesamt verlangt, damit es weitergeht, längst weit auseinander.

während wir die zusammenlegung noch nicht haben, entwickelt sich schon die frage nach einer weitergehenden perspektive für die politischen gefangenen überhaupt. es geht um uns, von allen seiten will man was von uns - aber wir können nicht zusammen reden und kaum handeln.

es läuft bei uns nur zusammen. und ohne uns läuft es dabei nicht, das sollte aus den vielen versuchen in den letzten jahren, über uns wegzubügeln, doch klar geworden sein. wir wollen jetzt an der gesamten politischen diskussion teilnehmen.

das ist die andere seite der zusammenlegung aus einer ganzen reihe von entwicklungen, hier und international, sind neue fragestellungen entstanden. es ist insgesamt eine neue stufe der auseinandersetzung geworden, in der überall, auf beiden seiten, die ziele, die formulierung der politik, die formierung für den kampf ein neues mal angegangen werden.

auch das ist eine widerspiegelung davon, daß hier aus beiden richtungen neu die frage nach den gefangenen hochgekommen ist. der staat bringt begnadigungen, staatskonforme gruppen wollen eine amnestie - und der revolutionäre widerstand nimmt wieder auf, daß die freiheit der politischen gefangenen erkämpft werden muß.

auch wir meinen, daß diese auseinandersetzung jetzt reif ist. das wird aber nur in einem prozeß von diskussion und praxis weitergebracht werden, in dem revolutionäre politik hier zu einem neuen realen faktor wird.

unser kampf für die zusammenlegung jetzt soll teil davon sein. aus vielen ansätzen im letzten jahr, aus der offenheit und dem willen quer durch verschiedene zusammenhänge im widerstand, halten wir eine neue einheit im revolutionären kampf für möglich. es zeichnet sich jetzt schon eine umkehrung der linken rückentwicklung seit ende der siebziger jahre ab. der kampf in der metropole kann auch neu in die internationale auseinandersetzung kommen. dann werden auch ganz neue politische möglichkeiten in der brd eröffnet sein. wir hoffen das. die zusammenlegung ist jetzt für uns das erste. dann wollen wir die diskussion. zur gesamten situation - und für unsere freiheit. darauf spitzt es sich für uns praktisch zu.

denn die freiheit ist natürlich unser ziel, wir wollen ja nicht ein stück politischer organisation im gefängnis etablieren, eine gegenstruktur als gefangene ist wirklich nicht unser höchstes glück.

wir halten es aus allem für möglich, das dann als realistisches ziel anzupacken. soweit ist konsens unter uns. für das weitere, wie das zu konkretisieren ist, müssen wir zusammen sein. wir haben die zusammenlegung als übergang bestimmt.

wir nehmen jetzt eine neue form von kollektivem kampf. im letzten streik haben sie ein gesetz gemacht, mit dem sie uns das mittel hungerstreik nehmen wollten. das "komagesetz".

es bedeutet, daß dem einzelnen im koma in einer langgestreckten medizinisch-technischen manipulation in der intensivstation der wille und die entscheidungsfähigkeit, den kampf weiterzuführen, genommen werden soll. es bedeutet weiter für die auseinandersetzung insgesamt, daß sie die zuspitzung und entscheidung auf einen engen zeitraum bringen wollen, praktisch auf einen punkt, den, wenn nach zwei, drei monaten viele von uns gleichzeitig auf der kippe sind. es sterben dann vielleicht mehrere, aber dann in einer kurzen, frontalen konfrontation - und die "tragen" sie, wie sie letztes mal gesagt haben, und dann, stellen sie sich vor, ist schluß.

und das würde auch bedeuten, daß das mittel des kampfes politisch sich gegen uns dreht. denn in dieser kulmination für alle zum selben zeitpunkt käme die frage nach sinn und ziel auf uns zurück. wenn viele tote sind, wie wollen die anderen dann zusammen sein.

wir werden ihnen das umdrehen und einen langgezogenen kampf führen. jeder von uns ist das kollektiv.

wir fangen alle zusammen an, nach zwei wochen gehen wir in eine kette über. bis auf zwei unterbrechen alle, nach wieder zwei wochen kommen die nächsten zwei wieder dazu, nach den nächsten zwei wochen wieder zwei, und weiter.

wir lassen jetzt nicht mehr los, bis wir die zusammenlegung haben.

wir fordern:

zusammenlegung aller gefangenen aus guerilla und widerstand in ein oder zwei große gruppe, in die neue gefangene integriert werden, mit zugang zu den gemeinschaftshöfen. zusammenlegung aller gefangenen, die dafür kämpfen.

freilassung der gefangenen, deren wiederherstellung nach krankheit, verletzung oder folter durch isolation unter gefängnisbedingungen ausgeschlossen ist.

freilassung von günter sonnenberg, claudia wannersdorfer, bernd rössner, angelika goder.

freie medizinische versorgung ohne staatsschutzkontrolle für alle gefangenen.

freie politische information und kommunikation der gefangenen mit allen gesellschaftlichen gruppen.

für die gefangenen aus der raf helmut pohl, 1.2.89

Betrifft: TATblatt

Am 25. Jänner gab es ein größeres TATblatt-Plenum, das im großen und ganzen einen äußerst erfreulichen Verlauf nahm. Einige Leute bekundeten die Absicht, in Zukunft beim TATblatt mitzuarbeiten oder zumindest mitzuhelfen. In Graz gibt es ab sofort eine eigene TATblatt-Gruppe.

Trotz allem suchen wir weiterhin viele Leute, die mittun möchten, oder Informationen haben, die der Veröffentlichung harren, usw. Dazu gibt es ab sofort jeden Donnerstag ein ganz offenes TATblatt-Redaktions-Treffen um 19 Uhr im TATblatt-Büro am Margaretengürtel 122-124/Stg1/Keller in Wien 5.

Ungelöst blieb bis auf weiteres die Finanzmisere, doch wurden einige Finanzierungsideen gesammelt, wovon ein paar schon in Umsetzung begriffen sind. So ist beispielsweise die Mitgliedschaft fortan viel billiger; siehe dazu die letzte Seite. Außerdem wollen wir uns bemühen, bezahlte Inserate zu keilen (siehe hiezu die Inseratenpreisliste), und eine große Werbekampagne durchführen, die im März starten soll, und und und. Auf alle Fälle gibt es viel zu tun.

An dieser Stelle daher nun die schlechte Nachricht: "Ausnahmsweise" erscheint die nächste TATblatt-Minusnummer nicht in vierzehn Tagen, sondern erst am 6. März.

Bis dorthin:
Liebe und Kraft!
das TATblatt-Kollektiv

Was im letzten TATblatt so alles falsch war:
Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist weniger in Art.13 StGB (Strafgesetzbuch) als vielmehrin Art 13 StGG (Staatsgrundgesetz) festgeschrieben.
Die Richterin, die Peter Margulies' Antrag auf vorzeitige Entlassung abgelehnt hatte, hieß nicht Elfriede, sondern Dr Ingrid Jelinek.
u.v.m.

Eigene TATblatt-Redaktion für Graz

Trotz Smog, Fieberblasen und akutem Schlafmangel werkeln auch wir für's TATblatt. Unser Erstlingswerk konntet ihr in der Nummer -97 bewundern. Für die Zukunft (an die wir fest glauben) wollen wir regelmäßig aus Graz und aus der Steiermark berichten, in der nächsten Nummer gibt's einen Hintergrundbericht über die Grazer Hausbesetzung und darüber, wie's weitergeht.

Liebe, Mut und Phantasie!
Bussi aus Graz

TATblatt-Inseratenpreisliste

pro Seite S2000.- (bei weniger als einer Seite den jeweilig proportionalen Teilbetrag) Seite 2 oder vorletzte Seite: 30% Zuschlag

Rabatte: bei dreimaliger Insertion: 10% bei sechsmaliger Insertion 15% bei zehnmaliger Insertion 20%

Mediadaten und Geschäftsbedingungen bei der Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt anforderbar.

Wir behalten uns vor, Inserate begründet abzulehnen. Sicherlich abgelehnt werden sexistische, rassistische oder ähnliche Inserate. Konkrete Schmerzgrenzen lassen sich kaum vorformulieren. Grenzfälle müssen im Einzelfall diskutiert und entschieden werden.

Für alle, die mittun · möchten, Infos haben und weitergeben wollen, die mit uns zusammenarbeiten wollen, usw...

Offenes TATblatt-Plenum

jeden Donnerstag um.19 Uhr im TATblatt-Büro
Wien 5, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/ Keller
Telefon: (0222) 54 23 07

Die Sprache
oder
Berichte von der Basis

Der folgende Artikel entstammt dem Prospekt Tageszeitung, aus dem schon im letzten TATblatt abgeschrieben wurde, und der in der BRD im Zuge der Diskussion eines bundesdeutschen Tageszeitungsprojektes, aus dem später in deformierter Weise die "taz" entstanden ist, veröffentlicht wurde. Der Beitrag ist gekürzt und leicht verändert.

Basisberichte, das sind Berichte, die von Leuten stammen, die in irgendartige Auseinandersetzungen verwickelt sind, oder sonstwie auf irgendeiner Ebene tätig sind, und darüber schreiben. Über ihre Hintergründe oder ihre Erfahrungen oder ihre Erlebnisse oder ihre Eindrücke. In Basisberichten werden Interessen deutlich, es wird gesagt, was getan werden muß. Ein solcher Bericht ist nicht "ausgewogen", nicht "objektiv", er ist parteiisch. Er ermöglicht anderen, sich zu informieren, und vermittelt Kontakt für alle, die sich darüber hinaus informieren wollen. Und er animiert, etwas zu tun. Ein solcher Bericht vermittelt, wie Widerstand entsteht, welche Schwierigkeiten auftauchen, und wird somit zum Hilfsmittel zur gegenseitigen Unterstützung.

Warum ist es keine Selbstverständlichkeit, solche Berichte zu lesen? Von klein auf werden wir daraufhin erzogen, daß es normal ist, wenn andere für uns handeln, und dazu gehört es auch, eine Zeitung zu lesen, die andere schreiben, und darin steht dann zu lesen, was wiederum andere für uns tun. So verlernen wir zu schreiben und auch nachzudenken, woran das liegt.

Basisberichte kommen von denen, die wieder angefangen haben, selber zu schreiben. Für die, die sich das noch nicht zutrauen, weil es von heute auf morgen nicht geht, gibt es ein Telefon. Da kann darüber gesprochen werden, wie so ein Bericht ausschen könnte, oder es läßt sich erzählen, und dann wird der Bericht vom Tonband abgeschrieben.

Basisberichte werden in unterschiedlichen Schreib- und Sprechweisen veröffentlicht. Ob von Studis oder Jugendlichen, von FließbandarbeiterInnen oder eine Erklärung bewaffneter Guerillagruppen, ob von BäuerInnen oder RechtsanwältInnen (usw), sie alle sprechen unterschiedliche Sprachen und wenn das, was sie sagen, ins

phoenix
presseagentur

Ideenbeirat: Univ.Doz.Dipl.Ing. Hans-Peter Aubauer, Physiker, Uni Wien • Dr. Klaus Bosselmann, Umweltjurist, Berlin • Prof.Dr. Robert Jungk, Zukunftsforscher, Salzburg • Prof.Dr. Armin Weiss, Chemiker, Uni München

*Sind Sie **politisch** aktiv?*
*Arbeiten Sie in **ökologisch** orientierten Instituten?*
*Oder sind Sie in Bürgerinitiativen **engagiert**?*

Dann wissen Sie, welche Bedeutung die Medien bei der Aufklärung der Bevölkerung haben, bzw. haben könnten.

Hier hakt phoenix ein. Sie ist die Verbindung zwischen alternativem Wissen und einer breiteren Öffentlichkeit. Wir sammeln Presseaussendungen, Zeitschriften, Studien, Veranstaltungstermine und Aktionsberichte aus dem deutschen Sprachraum und bereiten sie mediengerecht auf.

Wir senden diese Nachrichten täglich an Journalistenlnnen, Zeitungs- & Funk-Redaktionen und an politisch interessierte Institutionen. Nach Wunsch per Telex, Telefax, Post, Mailbox oder auf Diskette.

Und monatlich veröffentlicht phoenix presseagentur eine Sammlung aller im Vormonat verschickten Meldungen (für „Informanten" gratis).

Entstehen bei Ihnen Nachrichten, nach denen sich Medien die Finger abschlecken?

Sind Sie selbst interessiert, laufend und aktuell informiert zu werden?

Dann schicken Sie uns bitte eine Postkarte, ein Telex, Fax, einen Brief - oder rufen Sie kurz an. Wir senden Ihnen gerne näheres Informationsmaterial - über phoenix presseagentur, über die Möglichkeiten des Nachrichtenaustausches und unsere Abo-Gebühren.

phoenix presseagentur
Frechinger & Glattau G.m.b.H
Langackergasse 29 • A-1190 Wien
Tel.: 0222/32-68-10, 32-48-565
Fax: 0222/32-68-56 • Tlx: 7531020 phxa • Mailbox: 0222 / 43-37-78

hochdeutsche Zeitungsdeutsch "übersetzt" wird, geht verloren, daß das, was wir sagen und wie wir es sagen, zusammengehört.

Nur im Wortlaut wird das Wort laut.

Wir brauchen eine Sprache, die uns entspricht. Eine, in der wir uns unterhalten können. Wir wollen nichts verbergen - wie PolitikerInnen - wir wollen uns mitteilen. Kein Gelaber ohne Folgen, sondern was hören und dann Bescheid wissen.

Diese Sprache, dh. diese vielen Sprachen, sollen die SpracheN der Zeitung sein, so verschieden wie die, die ihr zu Gehör kommen.

Die Zeitung, an der wir jetzt arbeiten, wird aber sicherlich mehr enthalten als Basisberichte. Eine Regierungsumbildung, zum Beispiel, ist wahrlich kein Ereignis an der Basis, doch betroffen ist die Basis davon wohl allemal.

In unserer Gesellschaft bekommt manch schlichte,unbeladene Information, wie: "Das und das ist da und da passiert", oft schon brisante Bedeutung. Die selbstverordnete Staatsergebenheit der Medien und - wenn diese nicht ausreicht: die direkte staatliche Einflußnahme, verbieten es den bestellten HändlerInnen und TrägerInnen von Nachrichtenware, wirklich alles zu sagen, was tatsächlich passiert. (Man/frau denke bloß an TeilnehmerInnenzahlen bei Demonstrationen, Praxis von Polizeiaktionen, etc)

Daten über die Herrschenden und Daten der Herrschenden, das sind Daten, die uns nicht automatisch zufließen. Es geht also darum, herauszufinden, was unsere Gegner machen, was sie gegen uns planen, um ihre geheimen Waffen stumpf zu machen.

Das
TATblatt
ist erhältlich:

* im Handverkauf
(HandverkäuferInnen werden laufend gesucht; pro verkauftem TATblatt erhält der/die HandverkäuferIn öS 4.-)

* in Buchhandlungen, zB:

* Buchwelt
1090 Wien, Schwarzspanierstr. 15
* Kolisch
1010 Wien, Rathausstr. 18
* Südwind
1010 Wien, Kleeblattg. 4
* Winter
1010 Wien, Landesgerichtsstr. 20
* Reisebuchladen
1090 Wien, Koling. 6

ferner:
* ARGE für Zivildienst,...
1010 Wien, Schotteng. 3a/1/4/59
* Club International
1160 Wien, Payerg. 14
* Rotstilzchen
1050 Wien, Margaretenstr. 99

Regelmäßig zugesandt bekommen das TATblatt alle Mitglieder der Unabhängigen Initiative Informationsvielfalt, und alle "Baustein-KäuferInnen". Siehe nächste Seite!

Das nächste
TATblatt

erscheint ausnahmsweise erst am
6. März 1989

Impressum:
Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin:
Unabhängige Initiative Informationsvielfalt
1050 Wien, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/ Keller
Telefon (0222) 54 23 07
Postanschrift:
1050 Wien, Postfach 282
Konto: P.S.K. 7547 212

Das TATblatt soll eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht.

Die Verwirklichung dieses Projekts voranzutreiben ist eine der Aufgaben der TATblatt-Minus-Nummern, die vorerst alle vierzehn Tage erscheinen. Sie sollen uns helfen, eine eigene redaktionelle Linie zu entwickeln und die Beteiligung für alle daran Interessierten zu ermöglichen. Wir wollen dabei experimentieren, Erfahrungen sammeln, Vorstellungen revidieren, lernen...

Es ist uns wichtig, die Entwicklung mittels der Minus-Nummern transparent zu machen, und zur Diskussion zu stellen. Soll die Zweitageszeitung, wie es unser Ziel ist, von einer breiten Basis politisch aktiver Gruppen und Leute getragen werden, müssen diese auch schon an der Entstehung der Zeitung beteiligt sein. Es wird regelmäßige offene Plena geben und viele Seiten für eure Meinung.

Die TATblatt-Minus-Nummern sollen aktuelle Beiträge und Hintergrunds-Reportagen enthalten, sowie einen Teil, um das Zeitungsprojekt selbst zu diskutieren: Konzepte, Ideen, Kritik usw. Natürlich gibt es auch Platz für Reaktionen.

...und das alle vierzehn Tage. Der Countdown läuft von Minus 101 bis 0... ohne damit sagen zu wollen, daß es noch vier Jahre dauern wird, bis zur zweitäglichen Erscheinungsweise.

Schickt uns bitte massigst: Infos, Artikel, Kurzmeldungen, Diskussionsbeiträge, LeserInnenbriefe, usw.

Der TATblatt-Baustein

TATblatt-KäuferInnen erhalten das TATblatt regelmäßig zugeschickt. Ein Baustein entspricht also gewissermaßen einem Abo. Bloß: Auch wer mehr Bausteine kauft, bekommt nur ein TATblatt. Es ist also vollkommen unproblematisch, zwei, drei, vier, viele Bausteine zu kaufen, ohne alle vierzehn Tage einen vollkommen überfüllten Briefkasten zu haben. Ein Baustein gilt für 10 Minus- Nummern. Also einfach Erlagschein ausfüllen, einzahlen, und paßt schon.

Neu:

Mitgliedschaft

jetzt für nur

1 Schilling

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt ab sofort nur mehr 1.- /pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30.- Diese dreißig Schilling nach belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns noch heute eine Postkarte!

Für alle, die mitun i möchten, Infos haben und weitergeben wollen, die mit uns zusammenarbeiten wollen, usw...

Offenes TATblatt-Plenum

jeden Donnerstag um 19 Uhr im TATblatt-Büro

Wien 5, Margaretengürtel 122-124/Stiege 1/ Keller
Telefon: (0222) 54 23 07